

**Vortrag von Kreisarchivar Dr. Stephen Schröder anlässlich der
Eröffnung des 8. Internationalen Literaturpfades der Kultur- und
Heimatfreunde Stadt Zons e. V. am 6. Oktober 2019**

Rededauer: ca. 20 Minuten
Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrter Herr Dr. Berger,

Sehr geehrter Herr Kress,

sehr geehrter Herr Gleich,

sehr geehrter Herr Gröhe,

sehr geehrter Herr Petrauschke,

sehr geehrter Herr Sturm,

meine sehr geehrten Damen und Herrn,

**liebe Gäste, aus Zons, aus dem Rhein-Kreis Neuss und natürlich
aus Polen!**

zunächst freue ich mich sehr und möchte den Veranstaltern herzlich danken, dass Sie mir auch in diesem Jahr Gelegenheit geben, aus dem Blickwinkel des Historikers einige Gedanken zum Leitmotiv des mittlerweile bereits 8. Internationalen Stelenpfades der Kultur- und Heimatfreunde Stadt Zons e. V. zu formulieren. Mit der Losung „Europa – unsere gemeinsame Heimat“ haben Sie sich für den diesjährigen Pfad, der anlässlich des 25jährigen Jubiläums der Kreispartnerschaft zwischen Mikolów und Neuss erneut von deutsch-polnischen Aphorismen getragen wird, zwei bedeutsame, aber auch umstrittene Begriffe ausgesucht und diese sogar programmatisch aufeinander bezogen. „Europa – unsere gemeinsame Heimat“. Wohlgemerkt: als Aussage, nicht als Frage formuliert. Dass dies heute möglich ist – und augenscheinlich sogar ziemlich selbstverständlich, jedenfalls wurde der Sachverhalt von meinen Vorrednern

bislang nicht als Auffälligkeit thematisiert, dass dies so ist, – zeigt bereits, welcher grundlegenden Wandel sowohl die landläufigen Vorstellungen von Europa und Heimat als auch die deutsch-polnischen Beziehungen in der jüngeren Vergangenheit durchlaufen haben. Noch vor 25 Jahren, am Beginn der Zusammenarbeit zwischen dem Kreis Neuss und den Vorgängerkommunen des heutigen Kreises Mokolów, wäre eine solche Überschrift wohl allenfalls kühnen Visionären eingefallen. Ich bezweifle aber stark, dass man sie, sofern dies damals möglich gewesen wäre, für eine Veranstaltung wie die heutige gewählt hätte.

Nehmen wir zunächst *Europa*, um zu verdeutlichen, was ich meine: Der Kontinent hat, was die Beziehungen seiner Staaten zueinander anbetrifft, in den zurückliegenden gut 100 Jahren einen wohl beispielelosen Wandlungsprozess durchlaufen. In der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts gingen von seinem Boden zwei Weltkriege aus, an deren Ausbruch bzw. Entfesselung die deutsche Staatsführung erhebliche – 1914 – bzw. ausschließliche Verantwortung – 1939 – trug. Beide Weltkriege kennzeichnete ein für die damalige Zeit jeweils ungekanntes Ausmaß an Gewalt. Im Ersten Weltkrieg verloren seriösen Berechnungen zufolge knapp 9 Millionen Soldaten und knapp 6 Millionen Zivilisten ihr Leben – ungleich mehr als während der Kriege des 19. Jahrhunderts. Diese nüchternen Zahlen, hinter denen sich jeweils menschlich-familiäre Schicksale verbergen, nehmen sich – es ist furchtbar zu sagen – noch vergleichsweise überschaubar aus, wenn man sie mit denen des Zweiten Weltkriegs vergleicht. Der Zweite Weltkrieg muss in Hinsicht auf die Verluste an Menschenleben, auf die materiellen Zerstörungen und auch mit Blick auf die Einwirkungen auf so genannte „Nicht-Kombattanten“ als der zweifelsohne „totalste“ Krieg der Geschichte gelten. Die Zahl der Kriegstoten weltweit wird heute auf rund 55 Millionen Menschen geschätzt, davon waren mehr als die Hälfte Zivilisten. Polen erlitt unter den Krieg führenden Nationen die relativ

höchsten Verluste. Rund 20 Prozent der Bevölkerung, sechs Millionen Menschen, haben den Krieg nicht überlebt. Auch die Deutschen zahlten einen hohen Preis: Knapp 1,2 Millionen Zivilisten und 5,3 Millionen Soldaten verloren ihr Leben.

Schon nach dem Ersten Weltkrieg entwickelte sich vor allem unter liberalen und sozialistischen Kräften eine unter dem Namen Paneuropa-Union auftretende politische Bewegung, die unter Aufnahme älterer ideengeschichtlicher Ansätze auf eine europäische Verständigung, ja, Einigung zielte. Ihr Gründer, der japanisch-österreichische Schriftsteller, Philosoph und Politiker Richard Coudenhove-Kalergi, gilt als prominentester Kopf der noch heute existierenden Gruppierung. Trotz prominenter Unterstützung aus dem politischen Raum vermochten ihre zukunftsweisenden Ideen in den 1920er Jahren nie wirklich handlungsleitend für die Führungen der europäischen Staaten zu werden. Zu tief war der Nationalismus – trotz oder wegen der Verheerungen des Ersten Weltkriegs – in den Köpfen und Herzen der notleidenden Nachkriegsgesellschaften verankert, zu ausgeprägt die Polarisierungen zwischen den Staaten, gerade auch zwischen dem jungen polnischen Staat und dem revisionistischen Deutschen Reich. Es bedurfte erst der absoluten Katastrophe des Zweiten Weltkriegs, die mit der Ermordung von ca. 6 Millionen Juden durch Hitlers Helfer, sehr viele davon in den Konzentrationslagern auf polnischem Boden, auch eine moralische Katastrophe für das deutsche Volk war, um bei den Verantwortlichen in West- und Südeuropa nach 1945 nichts weniger als einen Quantensprung im Denken zu bewirken. Nicht – wie Jahrhunderte zuvor – in der eigenen Aufrüstung und im militärischen Vorteil gegenüber dem Nachbarn suchten sie Sicherheit zu erlangen, sondern im Miteinander. Der erste wirklich bedeutende Schritt in dieser Richtung erfolgte mit dem berühmten „Schumanplan“ des französischen Außenministers Robert Schuman. Er schlug am 9. Mai 1950 vor, die gesamte französisch-deutsche Kohle- und Stahlproduktion einer gemeinsamen Behörde zu unterstellen und somit ein

Stück nationaler Souveränität aufzugeben. Natürlich ging es Schumann und den Seinen nicht alleine um hehre idealistische Ziele einer friedensstiftenden Einigung zwischen den vormaligen Kriegsgegnern. Durch die Einbindung in eine supranationale Institution ließ sich zugleich das aus französischer Sicht trotz der Kriegsniederlage gefährlich anmutende wirtschaftliche Potential der jungen Bundesrepublik einbinden und kontrollieren. Auch erschien ein engerer Zusammenschluss der westeuropäischen Staaten angesichts des 1950 längst in vollem Gang befindlichen Kalten Kriegs mit der Sowjetunion notwendig, zumal die Vereinigten Staaten von Amerika ihre militärische Präsenz in Europa damals reduzieren wollten. Der weitere Gang der Entwicklung ist hinreichend bekannt: Der „Schumann“-Plan mündete im April 1951 in die Unterzeichnung des Vertrags über eine Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS), an der neben Frankreich und Deutschland auch Belgien, die Niederlande, Luxemburg und Italien beteiligt waren. Mit denselben Beteiligten folgten 1957 die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und die Europäische Atomgemeinschaft (EAG). Zehn Jahre später wurden diese drei Gemeinschaften zur Europäischen Gemeinschaft (EG) zusammengelegt und mit gemeinsamen Institutionen ausgestattet. Später folgten dann diverse Erweiterungen und Vertiefungen. Kurzum: Der Weg der Vergemeinschaftung hin zur Europäischen Union, wie wir sie heute kennen, mit – noch – 28 Mitgliedsstaaten und einem spezifischen supranationalen Charakter, war beschritten.

Diese Union steht nun – ungeachtet aller Defizite – für vieles, was landläufig mit „Europa“ in Verbindung gebracht wird. Drei Punkte, die aus meiner Sicht bedeutsam sind, möchte ich ausführen.

Erstens „*Frieden*“. Mit Recht gilt die EU heute als „größtes Friedenswerk der Nachkriegszeit“, wie es der vormalige tschechische Außenminister Karel Schwarzenberg einmal treffend formuliert hat. Und mit Recht wurde ihr 2012 der Friedensnobelpreis verliehen. Denn sie hat maßgeblich dazu beigetragen,

dass aus einstmaligen Kriegsgegnern Verbündete und teilweise sogar Freunde wurden. Das prominenteste, aber mitnichten einzige Beispiel, das in diesem Zusammenhang angeführt werden kann, sind die deutsch-französischen Beziehungen, die in ungewöhnlicher kurzer Zeit einen geradezu spektakulären Wandel „vom Erbfeind zum Erbfreund“ durchlaufen haben. Zwischen beiden Staaten und Gesellschaften besteht heute eine so dichte, intensive und vertrauensvolle Zusammenarbeit, dass Experten den Begriff „einzigartig“ (Michael Georg Link) gebrauchen. Das ist selbstverständlich auch das Resultat stetiger bilateraler Bemühungen. Diese sind jedoch eingepasst und werden befördert durch die Zusammenarbeit auf europäischer Ebene. Ich erwähne dies an dieser Stelle auch deshalb, weil Klaus-Dieter Salomon, ehemals Oberkreisdirektor des Kreises Neuss und erster Vorsitzender des Partnerschaftskomitees Mikolów – Neuss, die deutsch-französischen Beziehungen in einem lesenswerten Beitrag aus dem Jahr 2005 ausdrücklich als Vorbild für die Anbahnung von Kontakten mit Mikolów herausgestellt hat. Das zweite Stichwort, das ich anführen möchte, lautet „*Wirtschaft*“. Mit der Kooperation in ökonomischen Fragen hat der Prozess der Vergemeinschaftung vor fast 70 Jahren begonnen und auch heute noch bestimmt Wirtschaftliches maßgeblich unsere Vorstellung von „Europa“. Ich nenne als aus meiner Sicht wichtigste Komponenten nur die europäische Zollunion, den Binnenmarkt mit den vier Grundfreiheiten – Freiheit von Waren, Personen bzw. Arbeitskräften, Dienstleistungen und Kapital, sowie den Euro als die offizielle Währung der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion. Auch in dieser Hinsicht hat sich „Europa“ also radikal gewandelt in der jüngeren Vergangenheit. Die Europäische Union versteht sich – drittens – aber auch als eine „*Wertegemeinschaft*“ – äußerlich sichtbar durch ihre Charta der Grundrechte aus dem Jahr 2000, welche durch den Lissabonner Vertrag von 2007 zum Primärrecht erhoben wurde. Wörtlich heißt es in der Präambel der Charta: „Die Völker Europas sind entschlossen, auf der Grundlage gemeinsamer Werte eine

friedliche Zukunft zu teilen, indem sie sich zu einer immer engeren Union verbinden. In dem Bewusstsein ihres geistig-religiösen und sittlichen Erbes gründet sich die Union auf die unteilbaren und universellen Werte der Würde des Menschen, der Freiheit, der Gleichheit und der Solidarität. Sie beruht auf den Grundsätzen der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit. Sie stellt die Person in den Mittelpunkt ihres Handelns, indem sie die Unionsbürgerschaft und einen Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts begründet.“ Die Präambel gibt bereits deutliche Hinweise darauf, dass die Werte, derer sich die Union verpflichtet fühlt, tief in ihrer Geschichte wurzeln. Man kann nun trefflich darüber streiten und je nach Blickwinkel zu unterschiedlichen Urteilen gelangen, auf welchen Säulen das moderne Europa tatsächlich ruht. Sind griechische Philosophie, römisches Recht und Christentum als seine wichtigsten Wurzeln anzusehen? Oder doch das Erbe der Französischen Revolution Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit? Ich kann diese Fragen an dieser Stelle nur aufwerfen, nicht aber abschließend beantworten. Klar erscheint mir indes Folgendes: Unsere europäische Wertebasis hat sich über Jahrhunderte hinweg entwickelt, wobei zu ihrem Wesenskern sowohl zentrale Individualrechte als auch bedeutsame Grundprinzipien des Staates gehören. Weil es so wichtig ist, zitiere ich noch einmal wörtlich, diesmal aus dem Vertrag von Lissabon, dessen Artikel 2 wie folgt lautet: „Die Werte, auf die sich die Union gründet, sind die Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und die Wahrung der Menschenrechte einschließlich der Rechte der Personen, die Minderheiten angehören. Diese Werte sind allen Mitgliedstaaten in einer Gesellschaft gemeinsam, die sich durch Pluralismus, Nichtdiskriminierung, Toleranz, Gerechtigkeit, Solidarität und die Gleichheit von Frauen und Männern auszeichnet.“

Meine Damen und Herren, Polen hat an dieser Entwicklung – im engeren Sinne – erst nach der Wende 1989/90 teilhaben können. Natürlich hat Polen auch

vorher schon zum christlich geprägten Abendland gehört und sich selbst mit einigem Recht bisweilen sogar als „Vorposten Europas“ verstanden. Wollte man dies belegen, ließe sich eine lange historische Linie ziehen vom Jahr 1000 und der Begegnung Kaiser Ottos III. mit dem polnischen König Boleslaw Chrobry, über König Jan III. Sobieski, den „Retter von Wien“ des Jahres 1683, bis hin zur polnischen Verfassung von 1791, die noch ein halbes Jahr älter als die französische war und deshalb als erste moderne Verfassung Europas gilt. Auch den polnischen Aufstand von 1863 könnte man nennen und ebenso die Impulse Polens für die bildende Kunst oder die Musik der europäischen Moderne. An den politisch-gesellschaftlichen Entwicklungen konnte das Land jedoch erst nach 1990 teilhaben. Seit dem 1. Mai 2004 ist Polen offizielles Mitglied der Europäischen Union. Unterstützt wurde sein Beitritt wie übrigens auch derjenige zur NATO ausdrücklich von der Bundesrepublik Deutschland, mit der sich die Beziehungen in den 1990er Jahren sehr positiv entwickelt haben. Man muss sogar sagen: erstaunlich positiv, wenn man bedenkt, welche historischen Belastungen das bilaterale Verhältnis beschwerten. Ich möchte an dieser Stelle nur den zweifelsohne wichtigsten Faktor ansprechen. Mit dem Überfall auf Polen im September 1939 eröffnete Hitler nicht nur den Zweiten Weltkrieg, sondern gab auch den Startschuss für die Errichtung eines überaus brutalen Besatzungsregimes, dessen Schrecken sich nahezu beispiellos in der Menschheitsgeschichte ausnehmen: Neben dem Völkermord an der jüdischen Bevölkerung steht sinnbildhaft hierfür die fast völlige Zerstörung Warschaus im Zuge der Niederschlagung des Warschauer Aufstandes durch deutsche Truppen 1944 – bis heute ein im kollektiven Bewusstsein des polnischen Volkes fest verankertes Ereignis, das sich heuer zum 75. Male jährt. Dass sich vor diesem düsteren Hintergrund die Beziehungen zu Deutschland in den „goldenen“ 1990er Jahren, wie es manchmal heißt, dennoch so günstig gestalteten, hatte auch damit zu tun, dass die politische Verständigung durch menschliche Kontakte bekräftigt wurde – zum Beispiel durch die 1994 begonnene und bis

heute sehr aktive Kreispartnerschaft, deren 25. Jubiläum vor wenigen Tagen durch die Unterzeichnung einer neuen Partnerschaftsurkunde und die Planung neuer gemeinsamer Projekte gewürdigt wurde. Trotz der heute wieder angespannteren regierungsoffiziellen Beziehungen zwischen Polen und Deutschland und eines infolge der umstrittenen polnischen Justizreform keineswegs unbelasteten Verhältnisses zwischen Polen und der Europäischen Kommission, stimmen beide, Polen wie Deutsche, weithin überein, wenn es um ihre generelle Einstellung zur Europäischen Union geht. Das jedenfalls lässt sich dem aktuellen „Eurobarometer“ entnehmen, einer seit den 1970er Jahren in regelmäßigen Abständen veröffentlichten Meinungsumfrage, welche von der Europäischen Kommission in Auftrag gegeben wird. Im Frühjahr 2019 bescheinigten demnach 51 Prozent der Bundesbürger und sogar 54 Prozent der Polen der EU ein positives Image. Auch brachten sie ihr mehr Vertrauen entgegen als ihren nationalen Regierungen, in Polen sogar deutlich mehr. Und was in unserem Kontext noch interessanter ist: 88 Prozent der Bundesbürger und 84 Prozent der polnischen Bevölkerung fühlten sich als „Citizens of the EU“, als Bürger der Europäischen Union, wobei vor allem der freie Verkehr von Menschen, Waren und Dienstleistungen als auch der durch die EU beförderte Friede zwischen den Mitgliedsstaaten als positive Resultate angesehen werden. Deutliche Unterschiede zwischen der Bundesrepublik und Polen offenbart das Eurobarometer auch, z. B. bei der Beurteilung einer gemeinsamen europäischen Migrationspolitik oder hinsichtlich der Wirtschafts- und Währungsunion.

Meine Damen und Herren, was bedeuten diese Zahlen? Ist „Europa“ tatsächlich schon „unsere gemeinsame Heimat“? Die Antwort auf diese Frage hängt davon ab, was wir unter „Heimat“ verstehen. Und das kann ganz viel und vor allem sehr Unterschiedliches sein. Eine einheitliche, allgemein anerkannte Definition des „Heimatbegriffs“ gibt es nicht. Und auch landläufig werden darunter sehr unterschiedliche Sachverhalte subsumiert. Ganz deutlich trat dies unlängst im Zuge der Ausstellung des Kreismuseums Zons „Neuland. Finden, Erkunden,

Ankommen“ zutage. Ein Projekt im Rahmen der Ausstellung, an der auch das Archiv beteiligt war, beschäftigte sich mit dem Thema „Heimat“. Hierzu wurden „ganz normale“Bürgerinnen und Bürger auf rein freiwilliger Basis aufgefordert, folgenden Satz zu vervollständigen: Heimat ist für mich... Die Ergebnisse verdeutlichen das gesamte Spektrum dessen, was Heimat alles sein kann. Angefangen vom Heimatort über die Familie, einem bestimmten Geruch bis hin zum Lieblingsverein oder auch „nur“ – in Anführungszeichen verstanden – ein Gefühl. Auch gibt es Menschen, die den Begriff „Heimat“ noch heute gänzlich ablehnen, weil er ihnen infolge der Instrumentalisierung durch die Nationalsozialisten historisch vorbelastet erscheint oder weil ihm in ihren Augen etwas Ausschließendes innewohnt. Ich möchte die Überschrift, welche die Veranstalter dem diesjährigen Zonser Literaturpfad gegeben haben, deshalb gerne appellativ verstehen. „Europa – unsere gemeinsame Heimat!“

Ausrufezeichen! Da müssen wir hinkommen, wenn wir auch heute vielleicht noch nicht am Ziel sind. Wie wichtig es ist, diese Richtung einzuschlagen bzw. fortzuführen, tritt jedem klar vor Augen, der die Entwicklungen der jüngeren Vergangenheit verfolgt. Der „Brexit“ wird, wenn er denn kommt, die Freiheiten der EU begrenzen, weil mit Großbritannien ein wichtiges Mitgliedsland ausfallen wird. Was er zudem für den wirtschaftlichen Wohlstand in Europa bedeutet, vermag heute wohl niemand mit Sicherheit vorherzusagen. Wirklich Gutes lassen die Prognosen jedoch nicht erwarten. Noch schwerer wiegt aus meiner Sicht die Bedrohung der europäischen Werte durch das Erstarken populistischer Kräfte namentlich der politischen Rechten in verschiedenen europäischen Staaten. Sie stellen sowohl die erwähnten zentralen Individualrechte – namentlich diejenigen von Minderheiten – als auch zentrale Grundprinzipien des europäischen Staatsaufbaus, wie sie im Vertrag von Lissabon verankert sind, massiv in Frage und legen damit die Axt an die Wurzel des europäischen Projekts. Sie setzen, zumindest teilweise, auf mehr Nationalismus anstelle von Vergemeinschaftung – ein Denkmuster, das jeden,

der den Gang der europäischen Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts kennt, beunruhigen muss. Denn – von wenigen Ausnahmen abgesehen – ging mit verstärktem Nationalismus auch verstärkte Konfrontation einher. Soweit darf es gar nicht erst wieder kommen. Und das wird es auch nicht, wenn wir tatsächlich dahin gelangen, dass die überwiegende Mehrheit der Menschen in den europäischen Gesellschaften aus Überzeugung sagt: Europa – das ist meine, das ist unsere gemeinsame Heimat. Hierzu leisten Sie, liebe Mitglieder der Kultur- und Heimatfreunde, mit dem diesjährigen Zonser Literaturpfad nunmehr schon zum 8. Mal einen wichtigen, einen bedeutsamen Beitrag. Mögen viele, die über den Zonser Wallgraben spazieren, die Stelen wahrnehmen und über ihre bedenkenswerten Botschaften sinnieren.

Meine Damen und Herren, damit bin ich fast am Ende meiner Ausführungen angelangt. Ich möchte schließen mit einem Zitat, das Sie an dieser Stelle wahrscheinlich nicht von mir erwarten. Obwohl ich, wie manche von Ihnen wissen, Mitglied und bekennender Anhänger des FC Schalke 04 bin, überlasse ich die letzten Worte meiner Ausführung Jürgen Klopp, dem ehemaligen Cheftrainer von Borussia Dortmund und jetzigem Coach des FC Liverpool. Vereinfachend, im Kern aber durchaus zutreffend, hat er im britischen Guardian einmal gesagt, ich zitiere: „The EU is not perfect but it was the best idea we had. History has always shown that when we stay together we can sort out problems. When we split then we start fighting. There was not one time in history where division creates success.”

Frei übersetzt: Die EU ist nicht perfekt. Sie ist aber die beste Idee, die wir je hatten. Die Geschichte lehrt uns, dass wir Probleme lösen können, wenn wir zusammenstehen. Trennen wir uns, fangen wir an zu streiten und zu kämpfen. Spaltung hat noch nie in der Geschichte zum Erfolg geführt.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!